
Deutschland und die G-Clubs

Katharina Gnath

Claudia Schmucker

Mai 2011

Comité d'études des relations franco-allemandes



Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das IFRI Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (IFRI-Bruxelles) positioniert sich das IFRI als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text
geäußerten Standpunkte trägt der Autor.*

Diese « Note du Cerfa » wird im Rahmen des „Deutsch-französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht. Der „Deutsch-französische Zukunftsdialog“ ist ein Projekt des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der

Robert Bosch Stiftung

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungstab des Ministère des Affaires étrangères et européennes gefördert.



Auswärtiges Amt

Herausgeber: Dr. Louis-Marie Clouet und Dr. Hans Stark

ISBN: 978-2-86592-881-1

© Ifri – 2011 – Tous droits réservés

Ifri
27 rue de la Procession
75740 Paris Cedex 15 – FRANCE
Tel.: +33 (0)1 40 61 60 00
Fax: +33 (0)1 40 61 60 60
Email: ifri@ifri.org

Ifri-Bruxelles
Rue Marie-Thérèse, 21
1000 – Bruxelles – BELGIQUE
Tel.: +32 (0)2 238 51 10
Fax: +32 (0)2 238 51 15
Email: info.bruxelles@ifri.org

Website: ifri.org

Autoren

Katharina Gnath ist seit Januar 2009 Associate Fellow der DGAP. Sie ist auf internationale Wirtschaftsbeziehungen und -institutionen spezialisiert. Von Februar 2007 bis Dezember 2008 leitete sie das Programm »Globalisierung und Weltwirtschaft« im Forschungsinstitut der DGAP.

Bevor sie zur DGAP kam, arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Londoner Think-Tank »Federal Trust for Education and Research« zu europäischen Wirtschaftsfragen und in der internationalen Abteilung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt.

Sie studierte Philosophie, Politik und Volkswirtschaft an der Universität Oxford (BA Hons.) sowie Europäische Politik und Governance an der London School of Economics (MSc), wo sie zu Wirtschafts- und Währungspolitik forschte. Derzeit arbeitet sie im Rahmen der »Berlin Graduate School for Transnational Studies« an ihrer Promotion im Bereich der internationalen politischen Ökonomie.

Dr. Claudia Schmucker ist Programmleiterin des Bereichs Globalisierung und Weltwirtschaft. Bevor sie 2002 zum Forschungsinstitut kam, arbeitete sie als Projektmanagerin des Center for international Cooperation (CIC) in Bonn. Sie studierte am Yale Centre for International and Area Studies der Yale Universität, wo sie zu den transatlantischen Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU forschte. Sie veröffentlichte Ihre Dissertation zu dem Thema "Handelskonflikte der USA mit der EU seit 1985: Eine Studie des Reziprozitätsprinzips in der U.S.- Außenhandelspolitik", 2002 sowie zahlreiche Artikel über Handelsbeziehungen und die WTO.

Sie studierte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Elmira College, NY und der Yale Universität und hat einen M.A. in Nordamerikastudien sowie einen Doktor der Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin.

Zusammenfassung

Für Deutschland hat sich die G20 als das zentrale Koordinationsgremium für internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik herausgebildet, jedoch auch andere G-Foren, allen voran der G7/G8, aber auch informellerer Formate.

Insgesamt baut Deutschland auf eine sehr enge Abstimmung mit Frankreich in den unterschiedlichen G-Foren. Doch auch wenn zwischen Deutschland und Frankreich große thematische Überschneidung herrscht und die Länder eng zusammenarbeiten, setzen sie bei den Kernthemen eigene Schwerpunkte: Grundsätzlich setzt Deutschland mehr auf freie Marktkräfte. Dies äußert sich unter anderem in einem traditionell starken Bekenntnis zu einem System flexibler Wechselkurse, der Ablehnung enger Beschränkungen für Leistungsbilanzen und dem Fokus auf Markttransparenz in der internationalen Rohstoffpolitik.

Frankreich wiederum verfolgt generell einen stärkeren Regulierungsansatz durch die Politik als Deutschland – deutlich zu erkennen in seiner Unterstützung für ein neues Wechselkurssystem, Beschränkungen der Leistungsbilanzüberschüsse sowie der Einschränkung von Spekulationen im Rohstoffbereich.

Die deutsch-französischen Beziehungen innerhalb der G-Foren folgen somit dem Prinzip einer engen strategischen Partnerschaft, in der beide Seiten ihre eigenen Akzente setzen.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	4
G-CLUBS: ZWISCHEN EFFEKTIVITÄT UND LEGITIMITÄT.....	6
G20: ZENTRALES FORUM FÜR INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSKOORDINATION	8
Internationales Währungssystem und Globale Ungleichgewichte.....	8
Rohstoffe: Volatilität und Marktzugang	11
Finanztransaktionssteuer und Internationale Finanzmarktregulierung.....	13
G8: INFORMELLES FORUM FÜR STRATEGISCHE FRAGEN	14
Themenschwerpunkt Internetsicherheit	14
G3: EIN FORMAT UNTER VIELEN.....	16
FAZIT: DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PARTNERSCHAFT IN DEN G-CLUBS MIT EIGENEN SCHWERPUNKTEN	17

Einleitung

Nach Ansicht der Bundesregierung erfordern globale Themen eine enge internationale Abstimmung: Die Bundesrepublik Deutschland hat deshalb stets die Einbindung in multi- und plurilaterale Foren angestrebt – auch nach Ende des Kalten Krieges und der Wiederherstellung der deutschen außenpolitischen Souveränität des geeinten Deutschlands.¹ Dazu zählen im Wirtschaftsbereich internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO), aber auch „G-Clubs“ wie die G8 und G20, die sich durch informelle Zusammenkünfte von Staaten in einem beschränkten Teilnehmerkreis auszeichnen.² Als „Zivilmacht“ und Wirtschaftsnation, die nicht über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat verfügt, sind die Mitgliedschaften in der G7/G8 sowie der G20 besonders wichtig. Diese werden als zentrale Foren zur Lösung internationaler wirtschafts- und außenpolitischer Probleme gesehen. Als „Meta-Institutionen“ übernehmen die Gruppen dabei wichtige Aufgaben in der Koordination und Kommunikation im komplexen Netzwerk der internationalen ökonomischen Beziehungen.³

Daneben pflegt Deutschland weitere informelle G-Formate, deren Mitglieder sich ad hoc aufgrund gemeinsamer Interessen oder Ziele zusammenfinden. Dabei sind für Deutschland vor allem die bilateralen Treffen mit Frankreich, aber auch mit Frankreich und Polen (Weimarer Dreieck) oder mit Frankreich und Russland (G3) wichtig. Die Treffen werden genutzt, um aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen zu diskutieren und gegebenenfalls die Positionen vor den G8- und G20-Gipfeln zu koordinieren. So betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem G3-Treffen mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedew in Deauville im Oktober 2010: „Ich glaube, dass es in einer zusammenwachsenden Welt die

¹ Vgl. Thomas Risse, Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/ 2004, S.24-31; Sebastian Harnisch und Hanns W. Maull (Hg.) *Germany as a Civilian Power. The Foreign Policy of the Berlin Republic*, Manchester: Manchester University Press, 2001.

² Vgl. Ulrich Schneckener, Globales Regieren durch Clubs, SWP-Aktuell, 47 (August 2009), S.3.

³ Vgl. Risto Penttilä, *The Role of the G8 in international peace and security*, Oxford 2003; Andrew Baker, Global Monitor: the Group of Seven, in: *New Political Economy*, Nr. 1/2008, S. 103-115.

unterschiedlichsten Formate geben sollte. [...] Ich glaube, es gehört dazu, dass wir versuchen, möglichst viele Treffen hinzubekommen, in denen wir die Dinge informell, ruhig und gelassen durchdiskutieren und zu neuen Ansätzen kommen können.“⁴

2011 führt Frankreich die G8 sowie die G20 an: Im Mai 2011 findet der G8-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Deauville und im November der G20-Gipfel in Cannes statt. Parallel dazu treffen sich die jeweiligen Fachminister zu Vorbesprechungen. Die französische Doppelpräsidentschaft ist für Deutschland von besonderem Interesse, da Frankreich als engster und strategisch wichtigster Partner Deutschlands gilt, mit dem eine intensive Abstimmung auf allen Gebieten angestrebt wird.⁵ Vor diesem Hintergrund betonte Merkel, dass Deutschland im Rahmen der G20 und G8 konstruktiv mit Frankreich zusammenarbeiten und die französischen Agenden mittragen wolle. Ein einheitliches europäisches Auftreten – und der deutsch-französische Motor – sei nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Euro-Krise von großer Bedeutung.⁶

⁴ Pressekonferenz Merkel, Sarkozy und Medwedew in Deauville, 19.10.2010, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/10/2010-10-19-pk-deauville.layoutVariant=Druckansicht.html> (15.2.2011).

⁵ Vgl. Auswärtiges Amt, Frankreich: Beziehungen zu Deutschland, November 2010, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Frankreich/Bilateral_node.html (8.3.2011).

⁶ Vgl. Reuters, Merkel, Sarkozy discuss tax harmonisation and G8, G20, 10.12.2010, <http://www.reuters.com/article/2010/12/10/eurozone-germany-france-idUSBAE00385920101210> (18.1.2011).

G-Clubs: Zwischen Effektivität und Legitimität

Wie in Frankreich wird die G20 auch von Deutschland als das zentrale Forum für internationale Wirtschaftskooperation anerkannt. Allerdings hat sich diese Haltung erst seit der Aufwertung der G20 entwickelt: Zunächst stand die deutsche Regierung einer permanenten Erweiterung der G8 kritisch gegenüber. Die Intimität und gemeinschaftliche Wertebasis wurde (und wird) von der Regierung Angela Merkels als entscheidend für die Effizienz dieser informellen Gruppe gesehen.

Während der deutschen G8-Präsidentschaft 2007 erkannte die Bundesregierung jedoch die Notwendigkeit für bessere Beziehungen zu den wichtigen Schwellenländern: Obgleich die G8 im Gegensatz zu Organisationen mit universeller Mitgliedschaft, die durch langwierige Entscheidungsprozesse und große Interessensunterschiede geprägt sind, flexibler handeln konnte, werden wichtige Probleme nicht mehr ohne die großen Schwellenländer gelöst werden können. Beispiele hierfür sind der Abbau des globalen Ungleichgewichts, der Schutz geistigen Eigentums, die Rettung der aktuellen WTO-Handelsrunde oder Fragen des internationalen Klimaschutzes und der Energiepolitik. Darüber hinaus stand die G8 unter starkem Legitimationsdruck. So wurde kritisiert, dass die Gruppe nicht repräsentativ oder genügend zugänglich für Nicht-Mitglieder sei.⁷

Um die globalen Themen besser angehen zu können, trieb Deutschland im Rahmen des Heiligendamm-Prozesses den „Outreach“ zu großen Nicht-Mitgliedsländern maßgeblich voran und unterstützte die Initiative auch finanziell.⁸ Nichtsdestoweniger hat

⁷ Vgl. Katharina Gnath, „Mehr Einbeziehung: Ja, Erweiterung: Nein. Die G8 und der Dialog mit den Schwellenländern“, *Internationale Politik* 7/2007, S. 66-69; Colin Bradford und Johannes Linn, Pragmatic Reform of Global Governance. Creating an L20 Summit Forum, *Brookings Institution Policy Brief Nr 152*, Washington DC, 2006; Peter Hajnal, Summitry from G5 to L20: A review of Reform Initiatives, *CIGI Working Paper Nr. 20*, Toronto 2007.

⁸ Vgl. Thomas Fues und Julia Leininger, Germany and the Heiligendamm Process in: Andrew Cooper und Agata Antkiewicz (Hg.), *Emerging Powers in Global Governance: Lessons from the Heiligendamm Process*. Waterloo: Wilfrid Laurier University Press, 2008, S. 252; Katharina Gnath, The G8 and the Heiligendamm Process: A Group in Flux, in: Christoph Herrmann und Jörg Philipp Terhechte (Hg.),

Deutschland erst mit der Institutionalisierung der neuen G20 diese Gruppe als legitime Dachorganisation der G-Gruppen bzw. als wichtige Komplementärgruppe zur G7/G8 anerkannt.⁹ Im Gegensatz dazu hatte sich Frankreichs Präsident Sarkozy bereits vor der Finanzkrise für eine Erweiterung der G8 stark gemacht und die Aufwertung der G20 auf Ebene der Staats- und Regierungschefs während der französischen EU-Ratspräsidentschaft 2008 maßgeblich mit vorangetrieben. Im Gegensatz zur G8 stellen die Mitgliedsstaaten der G20 90% des Weltsozialprodukts, 80% des Welthandels und zwei Drittel der Weltbevölkerung. Allerdings ist die G20 auch weiterhin regional unausgewogen, da beispielsweise Afrika nur durch Südafrika vertreten ist. Um diesem Problem entgegenzuwirken, wird bei den G20-Gipfeln darauf geachtet, zusätzlich Vertreter von Regionalorganisationen einzuladen, um die Legitimität des Forums zu erhöhen.

Die Schaffung der G20 auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs 2008 und ihre Institutionalisierung als Hauptforum für internationale Wirtschaftskooperation ein Jahr später gehen mit einem Einflussverlust der G8-Gruppe und einer Neudefinierung des Forums einher. Im Einklang mit den anderen G8-Staaten beschloss Frankreich deshalb, eine „neue“ G8 zu schaffen, die sich vornehmlich mit strategischen Fragen beschäftigt. Die Staats- und Regierungschefs der G8 wollen sich nun informeller und direkter austauschen und kurze und flexible Agenden setzen. Diese Ausrichtung wird auch von Deutschland unterstützt.

European Yearbook of International Economic Law 2010, Heidelberg: Springer Verlag, S. 405-416.

⁹ Angela Merkel in einer Regierungserklärung: „Ich denke, dass G20 das Format sein sollte, das wie ein überwölbendes Dach die Zukunft bestimmt“, 2.7.2009, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2009/2009-07-02-merkel-regerkl-g8.layoutVariant=Druckansicht.html> (3.3.2011); vgl. auch Sebastian Dullien und Hansjörg Herr, Länder-Fact Sheet – Deutschland, in: Christoph Pohlmann et al. (Hg.), *Die G-20: Auf dem Weg zu einer „Weltwirtschaftsregierung“?*, Internationale Politik-Analyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2010, S. 28, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07285.pdf#page=28> (3.3.2011).

G20: Zentrales Forum für Internationale Wirtschaftskoordination

Hauptthemen der französischen G20-Präsidentschaft 2011 sind die Reform des internationalen Weltwährungssystems, die Bekämpfung der Volatilität bei Rohstoffpreisen sowie die Finanzmarktregulierung, die von Frankreich in enger Abstimmung mit Deutschland vorangetrieben werden. Im Folgenden untersucht der Artikel die wesentlichen Elemente der Gipfel-Themen und analysiert deutsche Positionen und Interessen.

Internationales Währungssystem und Globale Ungleichgewichte

Bereits 2010 nahmen globale Ungleichgewichte und Wechselkurse eine wichtige Stellung in den Debatten der G20-Staaten ein. Für seine G20-Präsidentschaft erklärte Sarkozy das internationale Währungssystem (kurz: IMS – „International Monetary System“) zum Thema Nummer 1. Frankreichs Ziel ist es, übermäßige Wechselkurschwankungen zu reduzieren und die Risiken plötzlicher Kapitalabflüsse für Schwellenländer abzumildern. Dafür seien unter anderem bessere Instrumente für den IWF notwendig, um Länder mit Liquiditätsproblemen zu unterstützen, wie bspw. die Schaffung eines globalen „Finanzsicherheitsnetzes“ („financial safety net“). Ferner müssten multilaterale Regeln zu Kapitalflüssen auf G20-Ebene diskutiert werden.¹⁰

¹⁰ Vgl. François Baroin, G20/G8: A realistic and ambitious French Presidency, *Clés actu No 235*, 31.1.2011, <http://ambafrance-au.org/spip.php?article4038> (3.3.2011); Daniel Flynn, French G20 to seek reform of global monetary system, Reuters, 27.10.2010, <http://www.reuters.com/article/2010/10/27/us-g20-france-lagarde-idUSTRE69Q46C20101027> (20.1.2011); vgl. auch Beschlüsse der G20-Finanzminister, 18.-19.2.2011, Paris, http://www.g20.org/Documents2011/02/COMMUNIQUE-G20_MGM%20_18-19_February_2011.pdf (3.3.2011).

Darüber hinaus schlug Sarkozy vor, die Internationalisierung wichtiger Währungen voranzutreiben und den Währungskorb für Sonderziehungsrechte (SZR) beim IWF – vor allem durch den chinesischen Renminbi – zu erweitern. Des Weiteren will Frankreich während seiner G20-Präsidentschaft prüfen, inwieweit die SZR zu einer supranationalen Reservewährung ausgebaut werden können: „Wir müssen anfangen, über die Bedeutung eines Währungssystems nachzudenken, das auf einer Vorherrschaft des Dollars basiert“, stellte Sarkozy im Dezember 2010 fest. Nach anfänglich ambitionierten Vorstößen für ein Wechselkurs- und Währungsregime (Stichwort: „Plaza II“ oder „Bretton Woods II“), verfolgt Frankreich mittlerweile eher ergebnisoffene Konsultationen innerhalb der G20. Die Reformen des internationalen Währungssystems, einschließlich der Reform der Sonderziehungsrechte, sollen nun über die Präsidentschaft Frankreichs hinaus langfristig von der G20 verfolgt werden.¹¹

Begriffsverwendungen seitens der französischen Regierung wie „Bretton Woods II“ legten zu Beginn der Präsidentschaft einen radikalen Wechsel des Währungssystems im Stil der Bretton-Woods-Konferenz 1944 nahe, den Deutschland in der Form aufgrund seines traditionell starken Bekenntnisses zu freien Wechselkursystem nicht mittragen wollte. Die aktuellen Diskussionen zur IMS-Reform zeigen jedoch, dass es bei Frankreichs Vorschlag um graduelle Reformen zur Stabilisierung des Währungssystems geht – ein Ziel, das Deutschland durchaus mit Frankreich teilen kann.¹²

Eng verknüpft mit der Frage nach einer Reform des IMS sind die wachsenden globalen Ungleichgewichte, die bereits 2009 mit dem „Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth“ Eingang in die G20-Diskussionen fanden und auf dem Seoul-Gipfel 2010 prominent – und kontrovers – diskutiert wurden. Das Thema stand im Mittelpunkt des G20-Finanzministertreffens in Paris und wird auch zentral auf dem Gipfel in Cannes behandelt werden. Die Wirtschaftskraft der G20-Länder hat sich nach der unmittelbaren Krise stark auseinander entwickelt: Deutschland und einige Schwellenländer – vor allem China – verzeichnen hohe Wachstumsraten und stetig wachsende Leistungsbilanzüberschüsse, während die USA erneut hohe Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite und geringes Wachstum aufweisen. Im Rahmen des Frameworks wurde der IWF beauftragt,

¹¹ Daniel Flynn, France scales back G20 monetary ambitions, *Reuters*, 14.1.2011, <http://uk.mobile.reuters.com/article/stocksNews/idUKLNE70D00520110114> (2.3.2011); für eine skeptische Einschätzung der Umsetzbarkeit vgl. auch Edwin Truman, International Monetary System Reform: Will the G-20 Make Significant Progress?, *Real Time Economic Issues Watch*, 22.2.2011, Peterson Institute for International Economics, Washington, <http://www.piie.com/realtime/?p=2040> (3.3.2011).

¹² Claus Hulverscheidt, Frankreich: G-20-Präsidentschaft Solo für Sarkozy, *Süddeutsche Zeitung*, 18.2.2011, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/frankreich-g-20-praesidentschaft-solo-fuer-sarkozy-1.1061651> (3.3.2011).

mithilfe individueller „Mutual Assessment Programmes“ die globalen Ungleichgewichte zu identifizieren, die als Mitursache für die Krise gelten. Auf ihrem Treffen im Februar 2011 legten sich die G20-Finanzminister auf eine Reihe von Indikatoren fest, nach denen zukünftig die individuellen Defizite und Überschüsse frühzeitig erkannt und bewertet werden sollen, darunter: Schuldenstand und öffentliche Defizite; private Sparquote und Verschuldung; sowie Elemente der Leistungsbilanz. Dabei sollen Wechselkurse ebenso berücksichtigt werden wie die Finanz-, Haushalts- und Geldpolitik.¹³ Nun soll beim nächsten G20-Finanzministertreffen in Washington im April 2011 das weitere Vorgehen beschlossen und die Möglichkeit von Indikatoren-Bandbreiten besprochen werden. Deutschland gehörte mit seinem exportgeleiteten Wachstumsmodell und den daraus resultierenden Handelsbilanzüberschüssen neben Schwellenländern wie China bisher zu den Staaten innerhalb der G20, die konkrete quantitativen Zielvorgaben über Leistungsbilanzüberschüsse oder -defizite kritisiert und einheitliche Richtwerte für die G20-Länder verhindert haben.

Auch innerhalb der Europäischen Union – die zusammen genommen zwar eine neutrale Leistungsbilanz hat, zwischen den Mitgliedsstaaten jedoch Ungleichgewichte aufweist – wurde das Thema Ungleichgewichte kontrovers diskutiert: So kritisierte die französische Regierung vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Euro-Krise im Frühjahr 2010 die deutsche wirtschaftspolitische Position und forderte die Bundesregierung zu einer Ankurbelung der Binnennachfrage – und somit zur Reduzierung der Überschüsse – auf.¹⁴

Zuletzt hielt sich die französische Regierung jedoch mit öffentlicher Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik und den Leistungsbilanzüberschüssen zurück, und die Festlegung auf Indikatoren in der G20 erfolgte in enger Abstimmung beider Länder. Doch während die Bundesregierung den französischen Indikatoren-Katalog offiziell mitträgt, verfolgt sie weiterhin die Fortsetzung des deutschen exportorientierten Wachstumsmodells und beharrt im Gegensatz zu Frankreich auf ihrer ablehnenden Haltung gegenüber engen quantitativen Leistungsbilanzvorgaben. So will Deutschland innerhalb der G20 erreichen, dass ein Land nur dann zu Reformen angewiesen wird, wenn es gegen mehrere Faktoren gleichzeitig verstößt. So wäre nach der

¹³ G20, Communiqué: Meeting of Finance Ministers and Central Bank Governors, Paris, 18.-19.2.2011, http://www.g20.org/Documents2011/02/COMMUNIQUE-G20_MGM%2018-19_February_2011.pdf (3.3.2011); Bundesministerium der Finanzen, G20 Treffen in Paris, 18./19.2.2011, http://www.bundesfinanzministerium.de/nrnn_54/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Internationale_Beziehungen/22012011-G20.html?__nnn=true (3.3.2011).

¹⁴ Vgl. Finanzministerin Lagarde im Interview mit der Financial Times, zitiert in: Ben Hall, Lagarde criticises Berlin policy, *Financial Times*, 14.3.2010, <http://www.ft.com/cms/s/0/225bbcc4-2f82-11df-9153-00144feabdc0.html#axzz1GgPz9i4J> (15.3.2011).

deutschen Lesart der deutsche Außenhandelsüberschuss kein Anlass für einen Verweis seitens der G20, während Chinas Überschuss – zusammen mit seiner Wechselkurspolitik und den Währungsreserven – Konsequenzen nach sich ziehen würde.¹⁵ Man könne den deutschen Exportüberschuss nicht mit dem Exportüberschuss eines Landes vergleichen, das sich durch die Manipulation seiner Währung Vorteile auf den Weltmärkten verschaffe, so Finanzminister Wolfgang Schäuble vor dem G20-Finanzministertreffen in Paris.¹⁶ Hier zeigt sich, dass Deutschland sich im Kern seiner Wirtschaftspolitik von anderen Überschussländern wie China distanziert, auch wenn es innerhalb der G20 taktische Allianzen gegenüber Defizitländern eingeht.

Rohstoffe: Volatilität und Marktzugang

Präsident Sarkozy kündigte an, den Kampf gegen die Volatilität der Rohstoffpreise – insbesondere im Agrarbereich – zum weiteren zentralen Thema des G20-Gipfels in Cannes zu machen. Die hohen Rohstoffpreise weltweit haben dieses Thema in den Vordergrund gerückt: So stiegen 2010 die Weizenpreise um 60%, die Preise für Mais um mehr als 50%, und die Preise für Sojabohnen um 45% und werden nach Angaben der Weltbank bis mindestens 2015 auf diesem hohen Niveau bleiben.¹⁷ Rohstoff-Spekulationen seien angestiegen und Finanzinvestoren profitierten von den Preisschwankungen, so Sarkozys Kritik: „Wir brauchen für die Rohstoffe eine Regulierung wie auf den Finanzmärkten“, betonte er zu Beginn der G20-Präsidentschaft.¹⁸

¹⁵ Claus Hulverscheidt, Frankreich: G-20-Präsidentschaft Solo für Sarkozy, *Süddeutsche Zeitung*, 18.2.2011, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/frankreich-g-praesidentschaft-solo-fuer-sarkozy-1.1061651> (3.3.2011); Christian Schubert und Manfred Schäfers, Kampf gegen globale Ungleichgewichte: Interessenkonflikte überschatten G-20-Gipfel, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.2.2011, <http://www.faz.net/s/Rub3ADB8A210E754E748F42960CC7349BDF/Doc~E3AEE0CAC8BCA467695283E454B634629~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (3.3.2011); vgl. auch Sebastian Dullien und Hansjörg Herr, Länder-Fact Sheet – Deutschland, in: Christoph Pohlmann et al. (Hg.), *Die G-20: Auf dem Weg zu einer „Weltwirtschaftsregierung“?*, *Internationale Politik-Analyse*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2010, S. 28, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07285.pdf#page=28> (3.3.2011).

¹⁶ Zitiert in: Christian Schubert und Manfred Schäfers, Kampf gegen globale Ungleichgewichte: Interessenkonflikte überschatten G-20-Gipfel, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.2.2011, <http://www.faz.net/s/Rub3ADB8A210E754E748F42960CC7349BDF/Doc~E3AEE0CAC8BCA467695283E454B634629~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (3.3.2011).

¹⁷ John O'Donnell, EU unveils drive to control commodity speculators, *Reuters*, 8.12.2010, <http://www.reuters.com/article/idUSLDE6B717720101208> (18.1.2011); *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Spekulanten ziehen sich aus Agrarrohstoffen zurück, 3.3.2011, <http://www.faz.net/s/Rub4B891837ECD14082816D9E088A2D7CB4/Doc~EF28553A0F6D4D1B9BE778B3186BC038~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (9.3.2011).

¹⁸ Sarkozy setzt Rohstoffspekulationen auf die Agenda seiner G20-Präsidentschaft, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.1.2011,

Im Bereich der Agrarrohstoffe sollen zahlreiche Reformmöglichkeiten von den G20-Staaten geprüft werden. Nach Ansicht Sarkozys müssten auf Ebene der G20 ähnliche Reformen wie bei der amerikanischen Terminbörsenaufsicht CFTC umgesetzt werden, die derzeit Margenzahlungen und Mengenbegrenzungen für Käufe von Rohstoffderivaten einführt. Um die Transparenz auf dem Agrarmarkt zu erhöhen, will Sarkozy zusätzlich ein neues Informationssystem über die weltweiten Lagerbestände von Agrarrohstoffen aufbauen. Daneben sollen Preisschwankungen durch regionale Nahrungsmittelreserven eingedämmt werden.¹⁹ Frankreich verfolgt dabei einen zweigleisigen Ansatz: Während die G20-Finanzminister den Derivatehandel reformieren sollen, ist es die Aufgabe der G20-Agrarminister, die sich zum ersten Mal im Mai 2011 treffen, an einem verbesserten Informationsaustausch zu arbeiten. Gleichzeitig setzt sich Frankreich für eine europäische Initiative in diesem Bereich ein.²⁰

Deutschland unterstützt Frankreich bei dem Ziel, die Volatilität an den Agrarstoff-Märkten einzudämmen – sowohl innerhalb der EU als auch auf G20-Ebene.²¹ Zwischen den beiden Ländern gibt es jedoch Unterschiede in der Schwerpunktsetzung: In Gegensatz zu Einschätzungen der EU-Kommission, der OECD und des IWF, sieht Frankreich die Spekulationen als Hauptursache für die gestiegenen Preise an und will den Derivatehandel stärker regulieren.²² Deutschland wiederum legt seinen Fokus vor allem auf verbesserte Markttransparenz bei Agrarrohstoffen sowie eine Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion. Trotz Unterschiede im Detail herrscht zwischen Deutschland und Frankreich grundsätzlich Einigkeit über die Wichtigkeit des Problems. Nichtsdestoweniger sind die Aussichten auf eine Koordinierung innerhalb der G20 gering, da sich vor allem Staaten mit großer Nahrungsmittelproduktion wie die USA, Kanada, Brasilien und Argentinien gegen schärfere Regulierung aussprechen.

<http://www.faz.net/s/RubC9401175958F4DE28E143E68888825F6/Doc~E2F21301750134EE2984ECD080508F7F3~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (9.3.2011).

¹⁹ Simone Boehring und Daniela Kuhr, Kampf gegen den Spekulanten, *Süddeutsche Zeitung*, 2.9.2010, <http://www.sueddeutsche.de/geld/nahrungsmittel-preissteigerungen-kampf-den-spekulanten-1.994926> (9.3.2011); Lutz Meier et al., Preisschock bei den Agrarrohstoffen: Kampf ums Brot, *Financial Times Deutschland*, 28.1.2011, <http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/rohstoffe/preisschock-bei-agrarrohstoffen-kampf-ums-brot/60004205.html> (9.3.2011).

²⁰ John O'Donnell, EU unveils drive to control commodity speculators, *Reuters*, 8.12.2010, <http://www.reuters.com/article/idUSLDE6B717720101208> (9.3.2011).

²¹ Vgl. Aigner: Gemeinsam handeln im Kampf gegen den Hunger, Pressemitteilung vom 22.1.2011, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, http://www.bmelv.de/clin_181/SharedDocs/Pressemitteilungen/2011/2b-AI-GFFA.html (9.3.2011)

²² Christian Schubert, Nicolas Sarkozy: Der Unruheherd der G20, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.1.2011, <http://www.faz.net/s/Rub4D8A76D29ABA43699D9E59C0413A582C/Doc~E58CEA763AD0B4119B224DA1DEE180B5A~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (9.3.2011).

Finanztransaktionssteuer und Internationale Finanzmarktregulierung

Bereits vor dem G20-Gipfel in Toronto im Juni 2010 hatte Deutschland zusammen mit Frankreich Gastgeber Kanada aufgefordert, eine internationale Finanztransaktionssteuer im Rahmen der G20 voranzutreiben.²³ Dies scheiterte jedoch am Widerstand Kanadas sowie weiterer G20-Mitglieder. Die französische Präsidentschaft will nun das Thema neu auf der G20-Agenda lancieren. So schlägt Sarkozy vor, eine mögliche Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele oder der Klimaziele von Kopenhagen zu verwenden. Man brauche innovative Finanzierungsmöglichkeiten, um die Kosten für diese politischen Ziele zu tragen, so die französische Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde zu Beginn der G20-Präsidentschaft.²⁴

Ferner stehen nach der Zustimmung der G20 zu Basel III weitere Reformen der Finanzmärkte auf der G20-Agenda. So beschlossen die G20-Staaten, vor allem an der Reform sogenannter „Sifis“ – systemisch wichtige Finanzinstitute – weiterzuarbeiten: Bis zum Gipfel in Cannes im November 2011 sollen globale Sifis identifiziert werden, die einer gesonderten internationalen Regulierung (mit eigenen Kapitalauflagen) und Aufsicht unterliegen. Deutschland pocht dabei vor allem auf Regeln für eine geordnete Abwicklung, um das „too big too fail“-Problem von Großbanken zu reduzieren.

Bei der Finanztransaktionssteuer ziehen Deutschland und Frankreich im Rahmen der G20 grundsätzlich an einem Strang. Dennoch sind die Erfolgchancen für eine internationale Steuer innerhalb der G20 klein, da die Idee auf heftigen Widerstand anderer G20-Mitglieder stößt. Deshalb hat Frankreich bereits vorgeschlagen, das Thema in einer kleineren Gruppe von G20-Staaten voranzutreiben. Im Gegensatz dazu werden beide Staaten bei Sifis von den G20 unterstützt, so dass es hier zu Fortschritten in Cannes kommen wird.

²³ Jan Strupczewski, Europe to urge transaction tax, bank levy at G20, *Reuters*, 17.6.2010,

<http://in.reuters.com/article/2010/06/17/eu-g-idINLDE65G0J320100617> (4.3.2011).

²⁴ Zitiert in: MNI, France Lagarde: Global Fin Transaction Tax High On G20 Agenda, 24.1.2011, <http://imarketnews.com/node/25439> (4.3.2011); vgl. auch Nicolas Sarkozy, Speech by the President of the Republic, 18th Ambassadors' Conference, 25.8.2010, Paris, http://www.diplomatie.gouv.fr/en/ministry_158/events_5815/speech-by-the-president-of-the-republic_14177.html (3.3.2011).

G8: Informelles Forum für Strategische Fragen

Die französische Präsidentschaft konzentriert sich in der G8 auf Themen, die von gemeinsamem Interesse sind und sich nicht mit der G20-Agenda doppeln. Dabei soll das Forum sowohl auf die politischen als auch die ökonomischen Dimensionen der Themen eingehen. Der thematische Schwerpunkt liegt in diesem Jahr vor allem auf den neuen Herausforderungen für das Internet. Daneben sollen Themen wie internationaler Frieden und Sicherheit sowie die Beziehungen zu Afrika besprochen werden.²⁵ Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen werden das Erdbeben und die Atomkatastrophe in Japan sowie die Umwälzungen im Nahen Osten und Nordafrika aus sicherheits- und wirtschaftspolitischer Sicht beleuchtet werden. Die G8 ist das Forum, welches am besten auf solche Entwicklungen schnell und flexibel reagieren kann.

Themenschwerpunkt Internetsicherheit

Bereits auf dem G8-Gipfel in Okinawa 2000 hatten sich die G8-Staaten verpflichtet, stärker zu kooperieren, um den Zugang zum Internet für die Ärmsten zu verbessern und den Schutz geistigen Eigentums zu stärken. Frankreich hat das Thema Internet erneut aufgegriffen und zu einem zentralen Punkt der G8-Agenda gemacht. Die G8-Staaten sollen sich nach Wunsch der französischen Präsidentschaft mit der Erweiterung des Internetzugangs, Fragen des geistigen Eigentums und der Besteuerung digitaler Dienstleistungen beschäftigen. Frankreich will vor allem die Themen Datenschutz, Nutzrechte und Kampf gegen Cyberkriminalität und Kinderpornographie in den Mittelpunkt stellen.²⁶

²⁵ Vgl. François Baroin, G20/G8: A realistic and ambitious French Presidency, *Clés actu No. 235*, 31.1.2011, <http://ambafrance-au.org/spip.php?article4038> (3.3.2011).

²⁶ Frankreich setzt Internet auf G8 Agenda, Heise online, 6.1.2011, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Frankreich-setzt-Internet-auf-G8-Agenda-1164718.html> (4.2.2011); The French Presidency of the G8, The Internet: New Challenges, <http://www.g20-g8.com/g8-g20/g8/english/-fiches/the-internet-new-challenges.420.html> (3.2.2011).

Auch für Deutschland sind das Internet und seine Governance von zentraler Bedeutung. So wurde Ende Februar 2011 die Errichtung eines Cyberabwehrzentrums beschlossen: Der Schutz kritischer Informationsstrukturen erfordere ein hohes Engagement des Staates, betonte der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière.²⁷ Darüber hinaus sind der Schutz geistigen Eigentums sowie der Kampf gegen Cyberkriminalität und Kinderpornographie wie für Frankreich auch für Deutschland zentrale Themen. So bemüht sich beispielsweise die Bundesregierung auch auf EU-Ebene für eine Löschung von kinderpornographischen Seiten.

Allerdings sieht die Bundesregierung die Frage der Besteuerung digitaler Dienstleistungen anders als die französische Präsidentschaft bereits als gelöst an, da auch auf elektronischem Weg erbrachte Dienstleistungen dem deutschen Umsatzsteuergesetz unterliegen.

Insgesamt kann Frankreich beim Thema Internetsicherheit neben Deutschland auf die Unterstützung sämtlicher G8-Länder zählen. So wurde bereits auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2011 ein international koordiniertes Vorgehen gegen Angriffe auf die IT-Infrastruktur gefordert.²⁸ Auch das Interesse an einem stärkeren Schutz geistigen Eigentums wird von allen G8-Staaten geteilt. Das Thema Internet wird von Frankreich jedoch sehr breit gefasst, so dass es schwierig sein wird, konkrete Beschlüsse zu fassen. Ferner stellt sich gerade beim Schutz geistigen Eigentums bzw. der Cyberkriminalität die Frage, wie sinnvoll ein solches Abkommen ohne die Beteiligung Chinas wäre, die in der G8 außen vor sind.²⁹

²⁷ Bundesregierung beschließt Strategie gegen Internetangriffe, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.2.2011, S.4.

²⁸ Stephan Finsterbusch, Computerhacker: Mehr als nur "digitaler Vandalismus", *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.2.2011, <http://www.faz.net/s/RubE2C6E0BCC2F04DD787CDC274993E94C1/Doc~E7D52F36F86944F218334F7DA3BE4D0B7~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (9.3.2011).

²⁹ Nach Aussagen von de Maizière gehe mehr als die Hälfte der Attacken in Deutschland auf staatliche chinesische Stellen zurück. Vgl. Thomas Steinmann, Cyberattacken: Wettrüsten für den Krieg im Internet, *Financial Times Deutschland*, 7.2.2011, <http://www.ftd.de/politik/europa/cyberattacken-wettruesten-fuer-den-krieg-im-internet/60008435.html> (9.3.2011).

G3: Ein Format unter Vielen

Im Oktober 2010 trafen sich der französische Präsident Sarkozy, Bundeskanzlerin Merkel und der russische Präsident Medwedew in Deauville, um trilaterale, europäische und internationale Fragen zu besprechen. Dabei wurden auch die Themen des bevorstehenden G20-Gipfels in Seoul diskutiert.³⁰ Als Dreiertreffen – auch G3 genannt – hatten sich die Länder zum letzten Mal im September 2006 in Frankreich getroffen. Präsident Sarkozy betonte, dass ein solches G3-Treffen auch Fortbestand haben sollte. Frankreich ist dabei vor allem daran interessiert, in die deutsch-russischen Beziehungen einbezogen zu werden.

Auch Bundeskanzlerin Merkel unterstützt den Fortbestand dieser trilateralen Treffen. Dabei stellt für sie die G3 jedoch kein zentrales Forum da, sondern eines unter vielen unterschiedlichen Gesprächsformaten, die alle dazu dienen, sich in internationalen und europäischen Fragen anzunähern. Deutschland will die Treffen fortführen, jedoch parallel zu anderen informellen G-Formaten.

³⁰ Pressekonferenz Merkel, Sarkozy und Medwedew in Deauville, 19.10.2010, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/10/2010-10-19-pk-deauville.layoutVariant=Druckansicht.html> (31.1.2011).

Fazit: Deutsch-Französische Partnerschaft in den G-Clubs mit eigenen Schwerpunkten

Auch für Deutschland hat sich die G20 als das zentrale Koordinationsgremium für internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik herausgebildet. Um vor allem seine wirtschaftspolitischen Interessen auf globaler Ebene durchzusetzen und Politikansätze international zu koordinieren, bedient sich Deutschland jedoch auch anderer G-Foren, allen voran der G7/G8, aber auch informellerer Formate.

Insgesamt baut Deutschland auf eine sehr enge Abstimmung mit Frankreich in den unterschiedlichen G-Foren. So betonte die Bundesregierung, 2011 eng mit der französischen G8 und G20 Präsidentschaft zusammenzuarbeiten und die Agenden maßgeblich mitzuprägen. Deutschland unterstützt Frankreichs Präsidentschaft unter anderem durch den Vorsitz einer Arbeitsgruppe zu Währungsfragen innerhalb der G20. Neben einer konstanten bilateralen Abstimmung mit Frankreich verfolgt die Bundesregierung – zusammen mit Frankreich – die parallele Koordination mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten, um die Schlagkraft europäischer Positionen innerhalb der internationalen Gremien wie der G-Foren zu erhöhen.

Innerhalb der G20 und G8 sind die beiden Länder an ähnlichen Kernthemen interessiert. 2011 umfasst dies unter anderem die internationalen Finanzmarktregulierung, die Reduzierung globaler Ungleichgewichte und die Eindämmung der Volatilität an den internationalen Rohstoffmärkten, sowie das Thema der Internet-Governance. Doch auch wenn zwischen Deutschland und Frankreich große thematische Überschneidung herrscht und die Länder eng zusammenarbeiten, setzen sie bei den Kernthemen eigene Schwerpunkte: Grundsätzlich setzt Deutschland mehr auf freie Marktkräfte. Dies äußert sich unter anderem in einem traditionell starken Bekenntnis zu einem System flexibler Wechselkurse, der Ablehnung enger Beschränkungen für Leistungsbilanzen und dem Fokus auf Markttransparenz in der internationalen Rohstoffpolitik. Frankreich wiederum verfolgt generell einen stärkeren Regulierungsansatz durch die Politik als Deutschland – deutlich zu erkennen in seiner Unterstützung für ein neues Wechselkurssystem, Beschränkungen der Leistungsbilanzüberschüsse sowie der Einschränkung von

Spekulationen im Rohstoffbereich. Die deutsch-französischen Beziehungen innerhalb der G-Foren folgen somit dem Prinzip einer engen strategischen Partnerschaft, in der beide Seiten ihre eigenen Akzente setzen.

Die Reihe „Notes du Cerfa“

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die „Visions franco-allemandes“, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfas

Christian Wagner, *Les relations Inde-Allemagne : entre dynamisme économique et déphasage géopolitique*, Note du Cerfa, Nr. 84, Mai 2011.

Roman Herzog Institut, Dominik H. Enste, Vera Erdmann, Tatjana Kleineberg, *Les mythes sur la classe moyenne en Allemagne*, Note du Cerfa, Nr. 83a, April 2011.

Thorsten Hellmann, Daniel Schraad-Tischler, Robert Schwarz, *Équité sociale dans l'OCDE. Où se situe l'Allemagne ? Indicateurs de développement durable 2011*, Note du Cerfa, Nr. 83b, April 2011.

Christian Deubner, *Mieux gouverner la zone euro : le fragile compromis franco-allemand*, Note du Cerfa, Nr. 82, März 2011.

Das Cerfa

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“ (Forschungskomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland dem DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et européennes und das Auswärtigen Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Louis-Marie Clouet arbeitet dort als Forscher und ist für die „Notes du Cerfa“ und die „Visions franco-allemandes“ zuständig. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ zuständig.